Nr. 90

DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

07. Oktober 2016
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotzkistisch)

Deutsche Bank: Die Arbeitenden bezahlen für den Wahnsinn dieses Systems

Eine Woche lang hat die Möglichkeit, die Deutsche Bank könne Bankrott gehen, international viele Großaktionäre, Bankiers und Politiker in Atem gehalten. Ihre Aktien sackten in den Keller, nachdem bekannt wurde, dass sie für betrügerische Spekulations-Geschäfte in den USA vielleicht 12 Milliarden Euro Strafe zahlen müsste.

Für unsereins klingt eine solche Summe unvorstellbar viel, doch nicht für die größte Bank Deutschlands. Die kann einen solchen Verlust eigentlich verschmerzen.
Doch die Angst ging um, die Deutsche Bank könnte das Vertrauen ihrer Geschäftspartner verlieren, dadurch Bankrott gehen und andere Banken mitreißen – wie in der Finanzkrise 2008/2009. Schon forderten die ersten CDU-Politiker, der Staat müsse die Deutsche Bank notfalls mit Milliarden-Hilfen retten.

Eine solche Nervosität ist ein Zeichen dafür, wie labil und gebrechlich ihr gesamtes Wirtschaftssystem ist.

Seitdem hat sich die Lage wieder etwas beruhigt. Die Strafzahlung wurde mehr als halbiert, und die Aktienkurse gehen wieder nach oben. Doch niemand weiß, ob die Krise damit wirklich beendet ist.
Sicher ist nur: Für die Arbeitenden der Banken geht die Krise auf jeden Fall weiter. Die Deutsche Bank hat bereits angekündigt, 9.000 Arbeitende zu entlassen. Und deren Rettung fordert keiner.

SPD-Chef Gabriel hat zwar die verantwortungslosen Manager der Deutschen Bank verurteilt, die seit Jahren mit extremem Risiko an der Börse spekulieren und außerdem Geldwäsche und andere illegale Geschäfte betreiben. Und er hat verurteilt, dass die Beschäftigten dafür mit ihrem Arbeitsplatz bezahlen sollen.

Doch hat er vor, dagegen etwas zu unternehmen? Will er der Deutschen Bank verbieten, die 9.000 Arbeitenden zu entlassen? Oder der Commerzbank, die letztes Jahr eine Milliarde Euro Gewinn gemacht hat und heute jeden fünften Arbeitsplatz (9.600 Stellen) vernichten will… nachdem sie vom Staat 18 Milliarden Euro an „Rettungsgeldern“ erhalten hat?

Selbstverständlich nicht. Gabriel schenkt den Arbeitenden nur ein paar verständnisvolle Worte, die ihnen auch nicht helfen… aber Gabriel im Wahlkampf besser aussehen lassen sollen.
Doch umgekehrt können wir sicher sein: Sollte die nächste Finanzkrise kommen, dann wird die SPD genau wie CDU und CSU nicht nur reden, sondern wieder alle Hebel in Bewegung setzen, um die Banken, die Spekulanten zu retten.

Und wie man gesehen hat, kann eine solche Spekulations-Krise schneller kommen, als man denkt. Denn nicht nur das schwarze Schaf Deutsche Bank, sondern ausnahmslos alle Kapitalisten – Reiche, Banken, Betriebe – haben mittlerweile den größten Teil ihres Geldes in die Spekulation gesteckt.
Und sie werden dabei immer unruhiger, weil die weltweite wirtschaftliche Lage seit zwei Jahren so trübe und unsicher aussieht.

Bei dieser Unruhe könnte eine schlechte Nachricht wie über die Deutsche Bank ausreichen, um eine Massenpanik an der Börse auszulösen.

Ihre letzte große Börsen- und Bankenkrise 2008/2009 hat eine weltweite Wirtschaftskrise ausgelöst und konnte nur mit Milliarden-Rettungspaketen eingedämmt werden.

Allein in Deutschland hat der Staat damals 200 Milliarden Euro zusätzlicher Schulden zur Rettung der Banken gemacht hat. Und deren monatliche Raten zahlen nicht etwa die Banken, sondern der Staat und damit wir alle.
Wir bezahlen sie mit Krankenhäusern, die aus Kostengründen geschlossen werden, mit 25 Kindern in einer Kita-Gruppe, mit Altenpflegern, die sich alleine um eine ganze Station kümmern müssen, mit ausfallenden Bussen und Bahnen…

Und alle Arbeiter bezahlen für die Krise in ihren Betrieben. Fast überall haben die Unternehmer die Krise 2009 genutzt, um zu entlassen und für alle anderen noch „flexiblere“ und kurzfristig veränderbare Arbeitszeiten einzuführen.
Und weil die weltwirtschaftliche Lage nach 2009 nie wieder so geworden ist wie vorher, haben die Unternehmer seitdem noch härter zugeschlagen, um trotzdem ihre Profite zu erhöhen: mit noch mehr Leiharbeit und unsicheren Jobs, noch mehr Fremdfirmen mit Niedriglöhnen, noch mehr Stellenabbau, noch mehr Druck auf der Arbeit…

Und wofür das alles? Wofür all diese Lebensunsicherheit, die kaputten Rücken und Nerven, der Kampf an jedem Monatsende? Dafür, dass die Unternehmer auch diese Profite in die Spekulation stecken und damit die nächsten Krisen schüren, die noch zerstörerischer werden können als die letzte!

Das ist der Wahnsinn ihres gesamten kapitalistischen Systems: Eines Systems, das auf der unerbittlichen Ausbeutung der Arbeitenden beruht und dabei den erzeugten Reichtum nicht in einen Segen, sondern in eine riesige Gefahr für die gesamte Menschheit verwandelt. Ein solches System kann und darf nicht die Zukunft sein.

Polen: Massenproteste der Frauen verhindern komplettes Abtreibungsverbot!

Nach Massenprotesten zehntausender Frauen hat die polnische Regierung einen Rückzieher gemacht: Das Abtreibungsrecht, das zu den härtesten Europas gehört, wird nicht weiter verschärft.

Vor zwei Wochen hatte die nationalkonservative Regierung ein von der katholischen Kirche unterstütztes Gesetz ins Parlament eingebracht, das Abtreibung sogar in den wenigen noch erlaubten Fällen wie Vergewaltigung, Inzest oder schwerster Missbildung des Embryos verboten hätte. Selbst ein Kind, das von seinem Vater vergewaltigt worden wäre, hätte danach nicht abtreiben dürfen! Und Frauen sowie Ärzte sollten für eine Abtreibung bis zu fünf Jahre ins Gefängnis gesperrt werden.

Ja, selbst solche Rechte, die selbstverständlich und unantastbar scheinen, müssen in Wahrheit immer wieder gegen rückschrittliche Kräfte verteidigt werden. Und genau das haben die Frauen in Polen gemacht!

Schon seit Wochen haben sie immer



wieder gegen diesen mittelalterlichen Angriff protestiert. Und am 3. Oktober organisierten sie dann einen „schwarzen Montag“: Im ganzen Land zogen viele zehntausende Frauen aller Generationen aus Protest schwarze Kleidung an und viele gingen an dem Tag nicht zur Arbeit, sondern demonstrieren. Es gab Demonstrationen, Proteste mit Kochtöpfen und Pfeifen, Straßentheater – und zwar nicht nur in den Großstädten, sondern auch in zahllosen mittleren und kleinen Städten.

Auf den Straßen Polens hatte man das Gefühl, die Frauenbewegung der 70er Jahre sei zurückgekehrt – als in vielen Ländern Millionen Frauen für das Recht auf Abtreibung auf die Straße gingen und erklärten: „Mein Körper gehört mir: Kein Mann, kein Staat, sondern nur die Frauen selber haben das Recht zu entscheiden, ob sie ein Kind bekommen möchten oder nicht.“

Beunruhigt von dieser beginnenden Massenbewegung der polnischen Frauen, hat die Regierung Hals über Kopf entschlossen, den Gesetzesentwurf lieber wieder zurückzuziehen.

USA: Eine Wahl zwischen zwei Feinden der Arbeitenden

In einem Monat sind Präsidentschaftswahlen in den USA. Und auch weiterhin ist der Wahlkampf geprägt von Donald Trumps provokativen Sprüchen. Von seinen widerwärtigen rassistischen und frauenfeindlichen Schmähungen.

Ganz gezielt verhält sich Donald Trump so, „wie es sich nicht gehört“. Denn damit pflegt er sein Image, ein „Außenseiter“ zu sein: Einer, der nicht zu der verhassten politischen Elite gehört, die seit Jahren das Land regiert.

In Wahrheit ist Donald Trump ebenso wenig ein „Außenseiter“ wie Rockefeller. Als steinreicher Erbe gehört Trump mit Haut und Haaren zur herrschenden Elite. Dieser Immobilien-Boss, der zu den 150 Reichsten der USA zählt, hat sein Leben lang seinen Reichtum durch die rücksichtlose Ausbeutung der Arbeiter vermehrt. Von ihm haben die Arbeitenden nichts anderes zu erwarten als Angriffe, Verachtung und obendrein das Gift der rassistischen Spaltung.

Doch wenn es ihm trotz allem gelingt, Anklang in Teilen der weißen Arbeiterklasse und sogar bei einigen Latinos und Schwarzen zu finden – dann weil seine Gegnerin Hillary Clinton wirklich die Verkörperung dieser langjährig herrschenden Politiker-Elite ist, von der die meisten nur noch angewidert sind.

Vor allem Präsident Obama, dessen Ministerin Clinton ist, hat nach den großen Hoffnungen viel bittere Enttäuschung hinterlassen: Er hat alles für die Banken und Konzerne getan, während Armut und Obdachlosigkeit noch schlimmer wurden, die Schulen und Krankenhäuser noch weiter kaputt gespart wurden und auch die Kriege weitergehen.

Ja, nicht einmal die rassistische Politik des Staatsapparates ist zurückgegangen. Noch immer reicht es jung und schwarz zu sein, um von der Polizei auf offener Straße erschossen zu werden.

Falls Donald Trump gewinnt, so kann er sich nicht zuletzt bei Obama und Clinton bedanken. Und falls Hillary Clinton gewinnt, dann nur, weil am Ende doch eine Mehrheit von Trumps menschenverachtenden Verhalten zu abgestoßen war.

Wer auch immer von den beiden gewinnt: Sie werden die gleiche, arbeiterfeindliche Politik machen. Denn auch wenn sie sich in ihrem Auftreten und ihrer Sprache unterscheiden – sie sind beide mit Haut und Haaren Politiker der kapitalistischen Klasse und werden deren Politik mit aller Gewalt gegen die arbeitende Bevölkerung im eigenen Land und international versuchen durchzusetzen.

Der Ausgang dieser Wahlen ist daher nicht entscheidend für die Zukunft der Arbeiter. Entscheidend für sie wird sein, dass sie wieder anfangen zu kämpfen, um ihre eigenen Interessen gegen die kapitalistische Klasse zu verteidigen. Dass sie wieder lernen, sich über alle Unterschiede hinweg als eine, vereinte Arbeiterklasse zu sehen. Und damit beginnen, wieder ihre eigene Arbeiterpartei aufzubauen, um den Parteien der Herrschenden auch in der politischen Arena entgegenzutreten.

So ist es zukunftsweisend, dass heute in Michigan Kandidaten als „Working Class Party“ (Partei der Arbeiterklasse) antreten, um eben für eine solche Perspektive einzutreten.

Tengelmann: Alle pokern um Milliarden, auf dem Rücken tausender Arbeiterinnen

Für die 16.000 Tengelmann-Arbeiterinnen ist es zermürbend: Seit zwei Jahren schon schachern die drei großen Lebensmittel-Konzerne Edeka, Rewe und Tengelmann um ein Milliardengeschäft und spielen dabei mit ihrem Arbeitsplatz.

Der Besitzer der Kaisers- und Tengelmann-Supermärkte, dem nebenbei auch OBI und KIK gehören, will seine Supermärkte an Edeka verkaufen. Eigentlich hatte das Kartellamt diesen Verkauf verboten, weil Edeka bereits der mit Abstand größte Lebensmittelkonzern ist und dann zum Teil ein Monopol hätte. Doch der Tengelmann-Chef erpresst alle mit der Drohung: „Entweder ich darf an Edeka verkaufen – oder ich zerschlage die Kette und entlasse tausende Beschäftigte."

Wirtschaftsminister Gabriel hatte sich dieser Erpressung bereits gebeugt und das Verkaufsverbot des Kartellamtes aufgehoben. Doch nun kommt Edekas größter Konkurrent REWE und droht: „Entweder ich bekomme bei dem Geschäft auch etwas ab, oder ich verhindere den Verkauf vor Gericht und tausende werden arbeitslos."



Alle drei Konzerne nutzen skrupellos ihre wirtschaftliche Macht, drohen mit der Entlassung, spielen mit der Angst von tausenden Arbeiterinnen… um in diesem Milliardengeschäft möglichst viel für sich herauszuschlagen!

Nun verhandeln also REWE und Edeka. Doch was auch immer dabei rauskommt – sie werden die Arbeiterinnen auch anschließend nicht in Ruhe lassen. Was REWE verlangt, weiß man noch nicht. Doch Edeka will möglichst viel Gewinn mit Tengelmann machen und dafür auf absehbare Zeit Lager und Verwaltung mit fast 1000 Beschäftigten komplett schließen und die Zahl der Beschäftigten in vielen Filialen halbieren.
Die Arbeiterinnen müssen sich darauf vorbereiten, dass sie auch nach dem Verkauf weiter für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze und Löhne hart werden kämpfen müssen.

Nachts schlafen ist normal!

3,3 Millionen Arbeiter müssen nachts arbeiten – 40% mehr als vor zwanzig Jahren. Auch am Wochenende müssen 30% mehr Beschäftigte arbeiten. Mit all den Folgen, die Nacht- und Wochenendarbeit für Gesundheit und Privatleben hat.
Die Unternehmer haben in den letzten zwanzig Jahren durchgesetzt, dass sie die Produktion immer öfter rund um die Uhr laufen lassen und jeden Arbeiter möglichst flexibel ausbeuten können. Und heute tun sie bereits so, als wäre das „normal", ja als wäre die Arbeit gar nicht anders machbar. Doch nur, wenn wir die Unternehmer und ihr Profitinteresse nicht mehr alleine darüber entscheiden lassen.

Die Methoden der Rechtsradikalen

Der 3. Oktober und seine Festakte in Dresden waren für einige hundert Rechtextreme eine Gelegenheit, Aufmerksamkeit zu erlangen. Schon Tage zuvor hatten sie mit Terror- und Gewaltakten begonnen: Bomben explodierten vor der Festhalle und einer Moschee in Dresden. Leerstehende Asylbewerberunterkünfte im Osten Deutschlands wurden angezündet. In drei Orten sammelten sich zwischen 20 und 50 Rechtsradikale, um nach dem Vorbild von Bautzen Gruppen von Flüchtlingen zu jagen und zu verprügeln. In einer anderen Gemeinde in Norddeutschland wurde ein Bürgermeister, der Flüchtlinge unterbringen wollte, mit Knüppeln angegriffen.
Diese Rechtsradikalen sind eine ganz kleine Minderheit, und sie haben auch keine überzeugenden Argumente. Ihr einziges Mittel, um stärker zu werden, besteht darin, die Menschen mit Gewalt zu terrorisieren und einzuschüchtern und ein Klima von Bürgerkrieg in die Stadtviertel und Dörfer zu tragen.
Doch diese Rechtsradikalen werden gestärkt durch die Propaganda der AfD, der CSU und Teilen der CDU. Denn je mehr diese gegen Flüchtlinge, „kriminelle Ausländer" und Muslime hetzen, desto mehr fühlen sich die Rechtsradikalen ermuntert, diese Propaganda in Taten umzusetzen. Auch deshalb sind diese Parteien mit dafür verantwortlich, dass solche rechtsextremen Terrorgruppen stärker werden.

TTIP: Der Hauptfeind ist im eigenen Land

320.000 Menschen haben am 17. September gegen das geplante Freihandelsabkommen TTIP demonstriert. Gewerkschaften, Umweltverbände und Kirchen hatten dazu aufgerufen, um die europäische Wirtschaft vor der Konkurrenz und der angeblichen „Gefahr" aus den USA zu schützen. Ihrer Meinung nach bekommen die USA und deren Konzerne durch TTIP unter anderem die Möglichkeit, die Gewerkschaftsrechte und „guten Sozial- und Umweltstandards" in Europa zu verschlechtern.

Natürlich soll das TTIP-Abkommen den Konzernen beim Profitmachen helfen. Die Arbeiter haben daher sicher nichts Gutes von ihm zu erwarten. Doch so zu tun, als käme die Gefahr ausschließlich aus den USA, ist eine gefährliche Lüge.
Schreckt etwa der deutsche LIDL-Konzern vor irgendwelchen Methoden zurück, um eine gewerkschaftliche Organisation der LIDL-Arbeiterinnen zu verhindern? Hält sich der deutsche VW-Konzern an die Umwelt-Gesetze? Die deutsche Regierung hat auch nicht auf TTIP gewartet, um massive Verschlechterungen wie HartzIV, Rente mit 67 oder Leiharbeit durchzusetzen. TTIP zu verhindern, verhindert daher noch keine einzige Verschlechterung.

Wir dürfen uns nicht im Gegner vertun: Die entscheidende Gefahr für die arbeitende Bevölkerung geht nicht von ausländischen Konzernen und internationalen Abkommen aus, sondern vom Kapitalismus an sich und seiner Profitlogik. Dagegen müssen wir uns wenden, wenn wir uns verteidigen wollen – und zwar in unserem eigenen Land.

TUI Fly, Air Berlin: Damit hatten die Bosse nicht gerechnet!

Seit Montag, dem 3. Oktober sind hunderte Flüge bei Air Berlin und TUI Fly ausgefallen: Es war kein Flugbegleiter und kein Pilot da. Die haben sich fast alle gleichzeitig krankgemeldet – als Antwort darauf, dass TUI Fly und Air Berlin ihnen am Freitag angekündigt hatten, ihre Touristen-Branche zu fusionieren.
Alle wissen, dass die Konzerne die Fusion nutzen wollen, um Arbeitsplätze zu vernichten und bei den Arbeitenden zu sparen. Doch obwohl da über ihre Zukunft verhandelt wurde, hatten sie im Moment kein Recht zu streiken.
Mit ihrer kurzentschlossenen und gemeinschaftlichen Reaktion haben die Arbeitenden sofort deutlich gemacht, dass sie es sich nicht durch Gesetze verbieten lassen, sich in ihr eigenes Schicksal einzumischen – und dass sie entschlossen sind, ihre Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen zu verteidigen.

Demnächst kommen drei S-Bahnen… zu spät

Ab 2019 werden in NRW schon wieder Teile des Regionalverkehrs privatisiert, diesmal die Linien S1, S2, S3, S4 und S9 sowie drei Regionalbahnen. Mit dem ewigen Argument, die privaten Firmen seien billiger.
„Billiger", das bedeutet, dass die Beschäftigten dort zu schlechteren Löhnen und Bedingungen arbeiten. Dass viele Jobs nur noch von Fremd- und Leihfirmen erledigt werden. Und hunderte Beschäftigte der Deutschen Bahn entweder in diese schlechteren Privat-Verträge wechseln oder irgendwo in Deutschland einen anderen Arbeitsplatz bei der DB finden müssen… oder im schlimmsten Fall ihre Arbeit verlieren.

Über zwei Drittel des Regionalverkehrs in NRW sind ab 2019 dann privatisiert. Für die Fahrgäste entsteht damit ein immer größerer Flickenteppich aus zig Bahn-Unternehmen, die sich zwar untereinander absprechen, wie viel sie mindestens für eine Fahrkarte verlangen, aber nicht einmal einheitliche Tarife haben. Ja, mancherorts haben sie sogar drei verschiedene Fahrkartenautomaten!



Doch die regierenden Politiker interessiert nichts davon. Im Gegenteil, sie haben sogar die Ausschreibung der Strecken bewusst so durchgeführt, dass die Deutsche Bahn gegen ihre privaten Konkurrenten verlieren musste. Denn sie denken nur daran, wo sie heute Geld sparen und obendrein privaten Firmen eine neue Profit-Quelle eröffnen können.

Deutsche-Bank-Räuber

In den USA ist die Deutsche Bank jetzt zu mehreren Milliarden Euro Strafzahlung verurteilt worden, weil sie unzähligen Menschen Hypotheken auf ihre Häuser angedreht hat und ganz genau wusste, dass diese die Raten niemals würden zahlen können. Die meisten ihrer zehntausenden Opfer haben ihre Häuser verloren, sind hoch verschuldet und wohnen in Wohnwagen oder Bruchbuden.
Doch das ist nicht der einzige Prozess, in dem die Deutsche Bank im Moment angeklagt wird. Ihr wird ein Prozess gemacht, weil sie in Russland über 10 Milliarden Dollar an Geld gewaschen hat. Ein weiterer Prozess, weil sie in den USA Zinsen illegal manipuliert hat. Und einen vierten, weil sie in Deutschland Steuern hinterzogen haben soll. Und reden wir gar nicht von der viel größeren Anzahl an legalen Vorgängen (Kredite, Spekulationen…), bei denen sie durch den Ruin einfacher Familien Gewinne erwirtschaftet.
Ja, es ist, wie der Dichter Bertolt Brecht einst geschrieben hat: Die größten Kriminellen in einer Bank sind nicht diejenigen, die die Bank ausrauben, sondern diejenigen, die die Bank besitzen.

Die bitteren Pillen der Pharmakonzerne

Innerhalb von nur zwei Jahren sind die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen für Arzneimittel geradezu explodiert. Sie sind um 4,8 Milliarden Euro auf insgesamt 36,9 Milliarden gestiegen.
In Deutschland sind die Medikamentenpreise inzwischen sogar 27 % teurer als in den restlichen EU-Staaten.

Für einen Großteil der steigenden Ausgaben sind Pharmakonzerne wie Bayer, Merck oder Novartis verantwortlich: Sie halten auf viele Medikamente Patente, sind somit die einzigen Anbieter und verlangen dreiste Wucher- und Phantasiepreise…

2011 erst hatte die CDU-FPD-Regierung ein Gesetz verabschiedet, das angeblich die Wucherpreise der Pharmakonzerne bremsen sollte. Doch das Gesetz war so gemacht, dass die Konzerne ihre Preise noch mehr erhöhen konnten als vorher.

Das ist kein Zufall. Gerade die Pharmaindustrie hat weltweit trotz kriselnder Weltwirtschaft in den letzten Jahren immer riesige Gewinne gehabt, und hat von allen Branchen mit die höchsten Aktienzuwächse. Und zwar nicht zuletzt, weil alle Regierungen ihnen über das staatliche Gesundheitswesen bewusst Märkte zuschanzen, auf denen sie beliebige Wucherpreise verlangen können.

Wucherpreise, für die am Ende die arbeitende Bevölkerung zahlt: mit steigenden Krankenkassenbeiträgen, immer mehr Zuzahlungen bei Medikamenten…

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -
Postfach 10 08 02 - 45008 Essen
E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de
Telefon: 0157 – 76493485
www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

Das Rote Tuch kann man auch abonnieren: für 13 € pro Jahr!